Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 47 (1967-1968)
Heft: 4

Artikel: Die Rolle Grossbritanniens im europäischen Sicherheitssystem
Autor: Kirk, Peter
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-161994

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 16.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Die Rolle Großbritanniens im europäischen Sicherheitssystem

PETER KIRK

Ungewisser Kurs

Wer vorschnell genug ist, im gegenwärtigen Zeitpunkt Mutmaßungen über den künftigen Kurs der Verteidigungspolitik Großbritanniens anzustellen, gerät bald in Schwierigkeiten. Obwohl es seit dem letzten Weltkrieg kaum je möglich war zu sagen, die britische Verteidigungspolitik verfolge einen zielsicheren Kurs, scheint sie heute noch schwankender zu sein als jemals zuvor. Dies ist nicht allein den Änderungsvorschlägen zuzuschreiben, die im Weißbuch über die Verteidigungspolitik vom Jahre 1966 enthalten sind; vielmehr beruht die Schwierigkeit, den mutmaßlichen Kurs unserer Verteidigungspolitik zu analysieren, zu einem guten Teil darauf, daß es ganz ausgeschlossen ist vorauszusagen, ob die im Weißbuch enthaltenen Vorschläge überhaupt verwirklicht werden können. Die wirtschaftliche Lage des Landes und ihre möglichen Auswirkungen auf die Militärausgaben stellen zusätzliche Faktoren dar, die berücksichtigt werden müssen; ebenso auch die inhärenten Widersprüche der Politik, die mindestens seit 1954 verfolgt worden ist.

Wenn wir die Rolle Großbritanniens im gegenwärtigen europäischen Sicherheitssystem beurteilen wollen, dürfen wir das Problem nicht für sich allein betrachten. Verschiedene Faktoren müssen berücksichtigt werden, um entscheiden zu können, welche Politik in Europa verfolgt werden sollte, aber auch welche politischen Möglichkeiten uns bei der gegenwärtigen politischen Lage überhaupt offenstehen. Zwanzig Jahre lang haben wir uns bemüht, die Verteidigungspolitik einer Großmacht aufrechtzuerhalten, und zwar mit recht gutem Erfolg, denn es gelang uns, die gesteckten Ziele im großen und ganzen zu erreichen. Doch der Preis, den wir dafür zu bezahlen hatten, war enorm, und in einem Zeitpunkt, da die ganze wirtschaftliche Zukunft des Landes in der Schwebe ist, ergibt es sich zwangsläufig, daß die Verteidigungspolitik denselben Ungewißheiten unterworfen ist wie alle andern Aspekte der Innenpolitik. Bevor wir uns daher dem spezifisch europäischen Problem zuwenden, müssen wir die Situation als Ganzes betrachten.

Die Grundlagen der heutigen Verteidigungspolitik

In Großbritannien wird die Verteidigungspolitik seit zehn Jahren und auch heute noch von zwei Dokumenten bestimmt, nämlich vom erweiterten Brüsseler Pakt aus dem Jahre 1954 und vom Weißbuch aus dem Jahre 1957. Auf Grund des erstgenannten Dokumentes, das an den Konferenzen von London und Paris jenes Jahres zustandekam, verpflichteten wir uns, vier Divisionen und eine taktische Flugwaffe auf dem europäischen Kontinent zu unterhalten, und zwar für die Dauer des Vertrags, das heißt bis 1997. Dies war ein Teil des Preises, den wir für die französische Zustimmung zu einer Wiederaufrüstung Westdeutschlands zu entrichten hatten. Diese Streitkräfte können nur mit der Zustimmung des Rates der Westeuropäischen Union (WEU) zurückgezogen werden, wenn auch eine Sicherheitsklausel für Zeiten ernster wirtschaftlicher Schwierigkeiten in den Vertrag eingebaut ist. Im bisher einzigen Fall, als wir 1957 den Rat der WEU um die Erlaubnis baten, rund 20000 Mann zurückzuziehen, wurde uns dies nur sehr ungern bewilligt. Die heutige britische Regierung hat offenbar im Sinn, ihre Truppenbestände weiter zu reduzieren, falls die westdeutsche Regierung sich nicht bereitwilliger zeigt, ihr bei der Überbrückung ihrer Zahlungsbilanzschwierigkeiten zu helfen, die ja entstanden sind, weil Großbritannien den Unterhalt für ihre im Rheinland stationierten, sehr beträchtlichen Truppenteile in fremder Währung bezahlen muß.

Das Weißbuch vom Jahre 1957, welches für immer mit dem Namen von Duncan Sandys, dem damaligen Verteidigungsminister, verbunden bleiben wird, war ein weiterer Markstein in der britischen Verteidigungspolitik. Indem es von der These ausging, daß Großbritannien seine Verteidigung in erster Linie auf die nukleare Macht stützen müsse, kündete es das Ende der allgemeinen Dienstpflicht und die Rückkehr zur Tradition der ausschließlich aus Freiwilligen bestehenden Truppen an. Dies führte zu einer Reduktion unserer konventionellen Bestände, die gegenwärtig ein Total von etwas mehr als 300000 Mann umfassen, von denen 180000 Soldaten sind. Das auf diese Weise eingesparte Geld war vorgesehen für die Entwicklung von Nuklearwaffen und für den Bau der nötigen Vorrichtungen zum Abschuß atomarer Sprengköpfe.

Erschütterte Prämissen

Zwei Dinge dieser Politik, die in jenem Zeitpunkt durchaus logisch erschienen waren, erwiesen sich als Fehlschlüsse. Erstens einmal zeigte es sich, daß die Entwicklung atomarer Waffen viel kostspieliger war als erwartet, so daß nur wenige britische Projekte über die ersten Versuchsstadien

hinausgelangten. Zweitens ging die Hoffnung, daß die konventionellen Truppen im internationalen Kräftespiel eine immer geringere Rolle spielen würden, nicht in Erfüllung. Im Zeitpunkt des neuen Verteidigungsplanes war die hauptsächlichste britische Verpflichtung außerhalb Europas — die Niederschlagung der Revolte in Malaya — so gut wie erfüllt. Die Malaiische Föderation wurde in einer Weise aufgebaut, von der man hoffen durfte, sie werde unser dortiges Engagement in Zukunft entlasten. Die verfehlte Operation von Suez hatte überdies erst kürzlich die Unwirksamkeit eines Einsatzes rein konventioneller Streitkräfte in einem weltweiten Konflikt gezeigt. Auf Grund dieser beiden Ereignisse folgerte man, daß die Rolle der konventionellen Streitkräfte sich künftig auf kleinere Polizeiaktionen beschränken würde, die mit einer relativ geringen Zahl von Soldaten durchgeführt werden könnten.

Es trifft durchaus zu, daß in einer internationalen Krise von der Art des Suezkonfliktes, die seit dem Krieg als Musterbeispiel dient, konventionelle Truppen ziemlich nutzlos sind. In Tat und Wahrheit ist es seit dem Weltkrieg doch so, daß alle Konflikte auf internationaler Ebene von den beiden Supermächten allein beigelegt werden, sofern sie zu einer Einigung gelangen können — wie zum Beispiel in Kuba —, oder daß keine Lösung gefunden werden kann, falls beide hartnäckig bleiben, wie etwa in Vietnam. Wir übersahen jedoch, daß wir, um unsere Rolle als Ordnungsmacht im Commonwealth weiterhin zu spielen — eine Rolle übrigens, die manche Mitglieder des Commonwealth uns nicht ungern überließen —, auch in Zukunft vor allem auf konventionelle Streitkräfte und nicht auf nukleare Kampfmittel angewiesen bleiben würden. Seit der Veröffentlichung des Weißbuchs im Jahre 1957 sind britische Truppen stets an kleineren militärischen Operationen auf der ganzen Welt beteiligt gewesen. Ich kann mich zum Beispiel noch sehr gut an ein hektisches Wochenende im Januar 1964 erinnern. Zu jener Zeit hatten wir etwa 20000 Mann in Malaysia stehen, die infolge der indonesischen Konfrontation dort festgehalten wurden. Ungefähr die gleiche Zahl war in Aden stationiert, wo die Lage höchst prekär war. Ferner hatten wir größere Kontingente in Hongkong und Malta und solche von geringerer Stärke in Gibraltar, Libyen, Bahrain, Gan und Guyana. Eine Einheit befand sich auch in Swasiland, wohin sie anläßlich der Unruhen im Jahr zuvor geschickt worden war und dann anscheinend einfach dort vergessen wurde. Außerdem bildeten unsere Truppen das Hauptkontingent der UNEF in Cypern.

In jenem Zeitpunkt, da unsere Wehrmacht bis zum äußersten beansprucht war, sahen wir uns ganz unvermutet einer weiteren Krise in Ostafrika gegenüber, von wo wir erst sechs Monate zuvor unsere Truppen zurückgezogen hatten. Die Regierungen von Kenia, Uganda und Tansania sahen sich alle gleichzeitig von Militärrevolten bedroht und forderten Hilfe an.

Glücklicherweise war ein Marinekommando in den Gewässern vor der ostafrikanischen Küste unterwegs, das in Dar es Salam einlief und die Situation rettete, während auf dem Luftwege Truppen aus Aden herangeschafft werden konnten, die mit der Lage in den beiden andern Ländern fertig wurden. Wir waren damals mit unserer Leistung recht zufrieden, hatten wir doch nur wenige Tage zuvor noch geglaubt, keiner weiteren Beanspruchung mehr gewachsen zu sein. Gleichzeitig aber machte sich ein gewisses Unbehagen darüber bemerkbar, daß in einer solchen Notlage mehr als ein Viertel der britischen Wehrmacht in Deutschland blockiert war, ohne etwas Nützliches zu leisten.

Mißverhältnis zwischen Aufgaben und Mitteln

Obwohl diese Episode uns als ein Warnzeichen hätte dienen sollen, wurde nichts unternommen, um die Dinge zu ändern. Das Weißbuch der jetzigen Regierung vom Februar 1966 deutet zwar die Absicht an, eine neue Politik einzuschlagen, doch bis jetzt ist alles beim alten geblieben. Noch immer übernehmen wir Verpflichtungen auf der ganzen Welt, auch wenn wir je länger je mehr daran zweifeln, ob wir überhaupt die Mittel besitzen, sie zu erfüllen. Unser Engagement östlich von Suez mag zwar als Ergebnis des vorgesehenen Rückzuges aus Aden künftig etwas weniger Kosten verursachen, doch sind damit die Probleme der Truppenbestände keineswegs gelöst, da wir in Singapore auch in Zukunft eine starke Militärbasis zu unterhalten gedenken. Was unsere Pläne im Hinblick auf Bahrain anbelangt, wird es angesichts der unsicheren Lage im Mittleren Osten, die wohl noch längere Zeit andauern dürfte, kaum möglich sein, unsere Bestände zu reduzieren, so sehr wir dies auch wünschen mögen.

Ganz abgesehen vom Problem der Truppenbestände, bedarf unsere Politik östlich von Suez, der die beiden großen Parteien in England Lippendienste leisten, einer sorgfältigen Prüfung. Verschiedene angesehene Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, vor allem der frühere Marineminister Christopher Mayhew sowie der konservative Wortführer in Verteidigungsfragen, Enoch Powell, haben sich aus verschiedenen Gründen gegen die vorgesehene Politik ausgesprochen. Mayhew glaubt nicht nur, daß eine solche Politik ohne Flugzeugträger undurchführbar ist, sondern hält ihre Durchführung überhaupt nicht für wünschbar. Seiner Meinung nach sollten alle weißen Einheiten, die östlich von Suez eingesetzt werden, ohne Ausnahme dem Kommando der Vereinigten Nationen unterstellt werden. Powell vertritt die Ansicht, daß Großbritannien in erster Linie seine eigenen Interessen zu berücksichtigen habe, was bei unserer Knappheit an Mitteln

einem Rückzug in die europäische Verteidigung gleichkommen müßte. Beide Ansichten sind begründet, doch die meine lautet vielleicht noch einfacher. Unter den gegebenen Umständen scheint es mir die logische Konsequenz zu sein, in den nächsten zehn Jahren unsere Positionen östlich von Suez aufzugeben. Ernsthafte Sorgen bereitet mir der Gedanke, wir könnten angesichts des Gewichts, das dem Fernen Osten zugemessen wird, auch die übrige Welt aus unserem Verteidigungssystem ausklammern.

Die gegenwärtige Regierungspolitik kann, meiner Ansicht nach, unmöglich funktionieren. Ich gehe mit Christopher Mayhew darin einig, daß Flugzeugträger unentbehrlich sind, wenn wir die Rolle einer Ordnungsmacht im Indischen Ozean übernehmen sollen. Die schon oft diskutierte und nun offenbar auch von Healey übernommene Theorie von der Inselstrategie ist ein Blindgänger. Wie groß auch der Wunsch der Royal Air Force sein mag, auf Aldabra einen Flugstützpunkt einzurichten, zweifle ich daran, ob er je in Erfüllung gehen wird. Unsere einzige derartige Unternehmung, nämlich der Bau einer Flugpiste auf Gan, erwies sich als ein Experiment, das wir nicht wiederholen möchten. Wenn nämlich damit argumentiert wird, Aldabra sei unbewohnt und wir hätten infolgedessen nicht mit ähnlichen Schwierigkeiten zu rechnen wie auf Gan, so kann darauf nur erwidert werden, daß die Insel nicht lange unbewohnt bleiben würde, falls wir dort ein solches Projekt in Angriff nähmen. Eines der hauptsächlichsten Argumente zugunsten eines Stützpunktes in Gan lautete, die Bevölkerung sei so wenig zahlreich, daß keine politischen Komplikationen zu erwarten seien; innerhalb von zwei Jahren nach Beginn der Bauarbeiten erwies es sich dann schon als nötig, eine Fregatte in ständiger Bereitschaft zu halten, um die britischen Staatsangehörigen im Falle von Unruhen zu evakuieren.

Doch selbst wenn wir in der Lage wären, den Indischen Ozean mit Flugbasen zu übersäen, bleibt immer noch zweifelhaft, ob eine solche Politik den erwünschten Erfolg hätte. Die Qualitäten des F III bleiben weiterhin umstritten, und es kann sein, daß es bald der Vergangenheit angehören wird wie Healeys «Skybolt». Aber selbst wenn es halten sollte, was Healey und McNamara sich von ihm versprechen, werden 50 Flugzeuge niemals genügen, um die Aufgaben zu erfüllen, die ihnen zugedacht sind, da ja kaum je mehr als 20 gleichzeitig einsatzbereit wären. Eine größere Anzahl Maschinen anzuschaffen, würde uns aber mit hohen Ausgaben in fremder Währung belasten, da der vertragliche Preis natürlich längst nicht den endgültigen Kosten entspricht und alle weiteren Aufträge zum vollen Preis eingesetzt werden müssen. Ferner bezweifle ich sehr, ob die Regierungen der Staaten rund um den Indischen Ozean im Jahre 1975 — um diese Zeitspanne dreht sich unsere Diskussion, weil die Flotte von Flugzeugträgern bis dann im Einsatz bleibt — noch eine «britische Polizei» als notwendig erachten. Selbst der Wunsch der Regierung von Singapore, uns weiterhin in ihrem

Hoheitsgebiet zu sehen, scheint mehr wirtschaftlichen als militärischen Interessen zu entspringen.

Erweiterung des Verantwortungsbereiches der NATO?

Eine militärische Präsenz Großbritanniens östlich von Suez scheint mir nach dem Jahre 1975 nur möglich als Teil einer Allianz, der die nicht-amerikanischen Mitglieder der NATO ihre volle Unterstützung zusichern. Ich habe in einem andern Zusammenhang bereits für eine Erweiterung der NATO auf Länder außerhalb der europäischen und atlantischen Einflußsphäre plädiert. Dies nicht nur, weil mir eine gerechte Aufteilung der Lasten notwendig erscheint, sondern auch, weil es die einzige Möglichkeit sein dürfte, die verständlichen Befürchtungen des Generals de Gaulle zu zerstreuen, daß die europäischen Mächte im Kielwasser der Vereinigten Staaten in einen nuklearen Krieg im Fernen Osten hineingezogen werden könnten, in dem sie kein Mitspracherecht besitzen würden. Nur auf diesem Wege, das heißt mittels einer Allianz, die alle gemeinsamen Interessen der Alliierten berücksichtigen würde, könnte meiner Meinung nach das ungeheuer schwierige Problem der nuklearen Kontrolle gelöst werden.

All dies mag mit dem spezifischen Thema der Verteidigung Europas wenig zu tun haben. Erst wenn wir das Gesamtbild der britischen Verpflichtungen nach 1975 überblicken, können wir voraussagen, welchen Beitrag wir dann an die europäische Verteidigung werden leisten können. Wenn wir bisher beschuldigt wurden, in Europa nicht unser möglichstes zu leisten, konnten wir immer darauf hinweisen, daß wir andere Verpflichtungen hätten und daß wir pro Kopf der Bevölkerung mehr für die Verteidigung ausgegeben haben als alle andern Länder der NATO, ausgenommen die USA. Diese Verteidigungsverpflichtungen außerhalb von Europa erklären es auch, weshalb wir der Idee einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft in den frühen fünfziger Jahren so kühl gegenüberstanden, obwohl wir als erste den Vorschlag hiezu gemacht hatten. Es ist bitter, zu denken, daß wir für den Preis, den wir für das Zustandekommen der Westeuropäischen Union zahlen mußten, die Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG) hätten haben können, sogar ohne daß wir ihr hätten beitreten müssen. Dadurch, daß die Regierung Winston Churchills im Jahre 1951 Europa den Rücken kehrte, beging sie den schlimmsten Fehler, der von einer britischen Regierung seit dem Krieg gemacht wurde, und zwar nicht nur in politischer, sondern auch in militärischer Hinsicht. Es scheint, daß die Umstände, die uns wirtschaftlich in jene Lage zurückdrängten, die wir damals ablehnten, uns nun auch politisch und militärisch zurückdrängen. Das Bild, das sich für Großbritannien in der Mitte der siebziger Jahre

ergibt, ist das eines Landes ohne Verpflichtungen außerhalb des europäischen Bereiches und in jedem Fall ohne das militärische Potential, sie zu erfüllen.

Wiedereinführung der Wehrpflicht

Unter den gegebenen Umständen sehe ich keine Möglichkeit, das Prinzip einer freiwilligen Armee aufrechtzuerhalten. Dies mag für jene Leute eine Erleichterung bedeuten, die in Zukunft für unsere Verteidigung verantwortlich sein werden, da die Abschaffung der Dienstpflicht nicht zu den großen Einsparungen geführt hat, die man 1957 erwartete. Dies ist nicht nur der Tatsache zuzuschreiben, daß das auf nuklearen Abschreckungswaffen beruhende System sich als so ungeheuer kostspielig erwies. Das System der freiwilligen Dienstleistung verschlingt, wie es sich gezeigt hat, ebenfalls sehr große Summen. Angesichts des Mangels an Arbeitskräften sah sich die Wehrmacht gezwungen, in der Anwerbung von Soldaten konkurrenzfähig zu bleiben und den Sold und die Lebensbedingungen soweit zu verbessern, daß sie einer zivilen Existenz einigermaßen entsprachen. Nahezu die Hälfte der für die Verteidigung bestimmten Gesamtsumme ist in den letzten zehn Jahren für Sold, für Vergünstigungen wie Wohnungen und Wohlfahrtseinrichtungen ausgegeben worden, und dies ist der Grund, weshalb größere Abstriche am Militärbudget kaum möglich sind. Aber auch so gestaltete sich die Rekrutierung nicht einfach, und man hatte oft das unbehagliche Gefühl, der Sollbestand der Streitkräfte werde nach oben oder unten verschoben, und zwar nicht nach der Zahl, welche das Militär als nötig erachtete, sondern nach der Zahl, welche die Politiker durchzusetzen hofften.

Nur in einer Hinsicht wußte man Sicheres, nämlich daß die Rekrutierungsziffern emporschnellten, sobald unsere Truppen irgendwo im Einsatz standen, und daß sie zurückgingen, wenn wieder Ruhe herrschte. Kampfhandlungen haben eine große Anziehungskraft, ebenso auch ferne Länder, wie ausgedehnte Marktforschungsumfragen schlüssig bewiesen haben. Hongkong und Singapore mögen sich als längst nicht so attraktiv erwiesen haben, wenn der Soldat einmal dort war; auf den Plakaten jedenfalls wirkten die Namen dieser Städte verlockend. Selbst Orte wie Tripolis und Bengasi, wo unsere Truppen in unverhältnismäßig schlechteren Kantonnementen untergebracht waren als auf Salisbury Plain, taten ihre Wirkung und brachten Rekruten ein. Der Rückzug aus den Gebieten östlich von Suez wird dieses zugkräftigste Element in unserer Rekrutierungskampagne ausschalten. Wenn wir unseren Rekruten nichts anderes mehr zu bieten haben als den Dienst in Großbritannien oder mit der britischen Armee am Rhein

— wo unsere Soldaten stets in größerer Gefahr schwebten, an Langeweile zu sterben als durch eine feindliche Kugel —, dann wird die größte Anziehungskraft des Soldatenlebens dahinfallen. Obwohl es immer Männer geben wird, die bereit sind, diesen Beruf auszuüben, werden sie wesentlich weniger zahlreich sein als heute, wo die Truppenbestände bereits nicht mehr genügend groß sind.

Was mir deshalb für die Zeit nach 1975 vorschwebt, ist eine britische Streitmacht, aufgestellt in irgendeiner Form obligatorischen Wehrdienstes, möglicherweise mit freier Wahl der Waffengattung, die vor allem die Aufgabe hätte, unsere Inseln und den europäischen Kontinent zu verteidigen und teils auf dem Kontinent, teils im eigenen Land stationiert wäre. Die Rolle dieser Truppe wird grundverschieden von jeder anderen sein, welche britische Streitkräfte in den vergangenen 300 Jahren gespielt haben, und es ist deshalb äußerst wichtig, daß wir, lange bevor dieser Zeitpunkt erreicht ist, eine klare Vorstellung davon haben, was wir innerhalb des europäischen Verteidigungssystems überhaupt anstreben.

Anpassung der NATO an neue Gegebenheiten

Zum Glück — wenigstens von einem Gesichtspunkt aus — haben wir jetzt Gelegenheit erhalten, die gegenwärtige Lage gründlich zu überprüfen. Was man immer von General de Gaulles politischen Schachzügen und von seiner Diplomatie halten mag — der Mangel an Höflichkeit macht es schon schwer, ihm Verständnis entgegenzubringen —, ein Gutes wird die gegenwärtige Krise bestimmt zeitigen. Er hat es fertig gebracht, das NATO-Problem zum gegenwärtig wichtigsten Problem der ganzen Allianz zu stempeln, und uns gezwungen, uns auf die künftige Form des europäischen Verteidigungssystems zu konzentrieren. Die Gelegenheit wird ungenutzt vorbeigehen, wenn wir es uns wohl sein lassen und einfach sagen, daß wir die NATO, die ganze NATO und nichts außer der NATO haben wollen. Die gesamteuropäische Lage hat sich seit 1949 von Grund auf geändert, sowohl durch das Abflauen des Kalten Krieges, als auch durch die Entwicklung der EWG zur starken, selbstsicheren Wirtschaftsgemeinschaft, die, ungeachtet der Ansichten Frankreichs, auch auf politischer Ebene zu einer immer engeren und mächtigeren Organisation heranwachsen wird. Die Gefahr eines Krieges in Europa ist heute sehr viel geringer geworden, obgleich man sich darüber klar sein muß, daß sie so lange bestehen bleibt, als Deutschland — und damit ganz Europa — geteilt bleibt. Die Schöpfer der NATO waren bessere Propheten als sie selber ahnten, als sie bestimmten, der Vertrag sei nach zwanzig Jahren zu revidieren. Es ist nun an uns, aus ihrer Weisheit Nutzen zu ziehen.

In erster Linie muß man von der Voraussetzung ausgehen, daß Deutschland, mindestens für eine absehbare Zukunft, geteilt bleiben wird. Es kann gegenwärtig kaum im Interesse der Sowjetunion und der osteuropäischen Länder liegen, eine Wiedervereinigung Deutschlands zuzulassen, obwohl ich glaube, daß die durch die Teilung verursachte Bedrohung des Friedens für sie ebenso groß ist wie für uns. Ferner müssen wir annehmen, daß Großbritannien innert kurzer Zeit Mitglied der EWG sein wird und diese Gemeinschaft sich in politischer und infolgedessen auch in militärischer Hinsicht ständig weiter entwickelt. Wir dürfen nicht außer acht lassen, daß die grundsätzlich antiamerikanische Einstellung, die sich in der französischen Politik äußert, nicht auf General de Gaulle allein beschränkt ist, sondern zur Zeit in ganz Frankreich in Erscheinung tritt und vermutlich auch von einer neuen Regierung übernommen würde, und die Antipathie gegenüber Amerika noch in manch anderen Kreisen Europas ein lebhaftes Echo findet. Anderseits dürfen wir wohl voraussetzen, daß jede Regierung der Bundesrepublik Deutschland die Allianz mit Amerika als Eckpfeiler ihrer Verteidigungspolitik betrachten wird, genauso wie jede britische Regierung, wenn auch nicht ganz so vorbehaltlos. Schließlich müssen wir darauf vertrauen können, daß keine künftige amerikanische Regierung sich dem Isolationismus verschreiben wird und wir infolgedessen auf die amerikanische Präsenz in Europa zählen dürfen, solange die NATO existiert.

Der Ausdruck «amerikanische Präsenz» bedarf in diesem Zusammenhang vielleicht noch einer näheren Umschreibung. Es scheint mir fast unvermeidlich, daß innerhalb des Zeitraumes von heute bis 1975 eine drastische Umstellung im System der amerikanischen Truppenkonzentrationen sich als notwendig erweisen wird. Die USA leiden fast ebensosehr wie Großbritannien unter der finanziellen Last, die ihnen die Aufrechterhaltung einer großen konventionellen Streitmacht in Deutschland auferlegt. Auf politischer Ebene wird im Kongreß in zunehmendem Maße die Forderung laut, «die Soldaten nach Hause zu schaffen»; in militärischer Hinsicht sieht sich das Pentagon durch den steigenden Druck des Krieges in Vietnam genötigt, immer mehr konventionelle Streitkräfte einzusetzen und schielt mit wachsender Begehrlichkeit nach den Streitkräften in der Bundesrepublik. Sollte sich in Europa einmal eine echte *Entspannung* abzeichnen, würde dies den Rückzug eines Teils, wenn nicht gar aller Truppen zur Folge haben. Technische Entwicklungen, wie zum Beispiel der Bau riesiger Transportflugzeuge, welche die Verlegung mehrerer Divisionen innerhalb weniger Stunden nach Europa gestatten würden, könnten die führenden Stellen ebenfalls zu einem vorzeitigen Rückzug der amerikanischen Truppen veranlassen.

Ich halte es für sehr wahrscheinlich, daß die USA in einem solchen Falle wenigstens eine symbolische Streitmacht aufrechterhalten würden, haupt-

sächlich in Berlin. Doch scheinen viele Anzeichen darauf hinzudeuten, daß mit dem Rückzug des größten Teiles der amerikanischen Bodentruppen in den kommenden Jahren gerechnet werden muß. In diesem Fall müßten alle Vorkehrungen für eine möglichst rasche Rückbeförderung nach Europa getroffen werden, doch dürfte dies für eine wirksame Verteidigung kaum genügen, falls es zu einem plötzlichen Konflikt kommen sollte. Es wird deshalb Sache der Europäer selbst sein, in vermehrtem Maße dafür zu sorgen, daß Westeuropa so gut wie nur irgend möglich verteidigt werden kann.

Das alles sind natürlich nur Hypothesen, doch glaube ich, daß sie eine vernünftige Basis für unsere zukünftige Politik bilden. Wenn sie sich auch in mancher Hinsicht zu widersprechen scheinen, enthalten sie immerhin genügend Gemeinsames, um uns einen Überblick über die Situation zu ermöglichen und die Flinte nicht einfach ins Korn zu werfen. Welches ist die gemeinsame Basis, von der wir ausgehen können, und welche Rolle kann daraus für Großbritannien erwachsen?

Notwendigkeit der kollektiven Verteidigung

Es gibt meiner Ansicht nach zwei wesentliche Faktoren, die von allen Beteiligten anerkannt werden. Erstens einmal, daß die NATO in ihrer heutigen Gestalt nicht mehr viel länger wird bestehen können, schon darum nicht, weil General de Gaulle es so haben will und in der Lage ist, seinen Kopf durchzusetzen. Mit aller Vorsicht möchte ich sogar die Vermutung äußern, daß selbst in manchen amerikanischen Kreisen die Ansicht vorherrscht, daß die NATO in ihrer gegenwärtigen Funktion ausgedient hat. Das Suchen einer neuen Form der multilateralen Verteidigung vor einigen Jahren war soviel wie eine indirekte Bestätigung dieses Verdachtes. Der zweite grundlegende Faktor, von dem ausgegangen werden kann, ist folgender: Solange Deutschland in die Bundesrepublik und die sowjetisch besetzte Zone geteilt bleibt, müssen die militärischen Blöcke zwangsläufig fortbestehen, was die kollektive Verteidigung in irgend einer Form unerläßlich macht. Dazu möchte ich beifügen, daß diese Tatsache meines Erachtens keineswegs nur negative Aspekte hat, denn die kollektive Verteidigung bedeutet auch eine kollektive Kontrolle. Sobald wir das Schwergewicht auf die positive Seite der Kontrolle legen, bietet sich uns eine gute Gelegenheit, manches hinzuzulernen, was uns auf anderen Gebieten nützt.

Frankreich bleibt Mitglied der NATO, jedoch nicht des Nordatlantikpaktes in seiner ursprünglichen Form. Diese Haltung der französischen Regierung mutet etwas seltsam an und scheint mit der Reputation der französischen Logik in Widerspruch zu stehen. Das Problem besteht darin,

daß es gewisse Schwierigkeiten bietet, Probleme der NATO ohne Teilnahme Frankreichs zu diskutieren. Die grundsätzliche Opposition Frankreichs richtet sich gegen die amerikanische Einmischung in seiner Ansicht nach rein europäische Angelegenheiten. Es ist daher kaum wahrscheinlich, daß Frankreich sich zu entscheidenden Gesprächen in einer Organisation bereiterklären wird, in der die USA nicht nur vertreten, sondern stets die Wortführer gewesen sind. Die unmittelbar notwendigen militärischen Maßnahmen für die Übergangszeit können wohl von der NATO beschlossen werden, aber Entscheide über langfristige Regelungen in der europäischen Verteidigungspolitik werden nicht in ihrem Schoße fallen. Wo sonst können diese Beschlüsse aber getroffen werden? Wo sonst, außer in der Westeuropäischen Union?

Die gern vergessene WEU

Diese bemerkenswerte und wenig bekannte Organisation wurde einmal von einem meiner Labourkollegen im Unterhaus als «Feuerwehr Europas» glossiert. Das ist eine treffende Bezeichnung. Völlig unbeachtet, solange alles gut geht, erinnern sich die Politiker an den Brüsseler Pakt, wenn die Dinge eine bedrohliche Wendung nehmen, und meistens gelingt es mit Hilfe des Brüsseler Vertrags, zu einer Einigung zu gelangen. Im Jahre 1954 wurde mit einer Neufassung des Brüsseler Paktes die Westeuropäische Union geschaffen, womit die durch die Ablehnung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft in der französischen Nationalversammlung hervorgerufene Krise überwunden werden konnte. Im Jahre 1957 war es der Rat der WEU, der die durch die britische Zahlungsbilanzkrise verursachte recht heikle Situation rettete. Im Jahre 1960 war es wiederum die WEU, an welche die Politiker sich beim Suchen einer Möglichkeit wandten, um die Bresche zwischen der EWG und der EFTA zu schließen. Die WEU steht immer zur Verfügung und kann die verschiedensten Aufgaben übernehmen. Sie funktioniert mit einem relativ kleinen Stab von Mitarbeitern und unterliegt nicht der Versuchung, sich selber zu überschätzen. Ihre Aufgabe besteht allein darin, den Mitgliedern der Organisation zu nützen, und das hat sie bis jetzt mit Erfolg getan.

Frankreichs Bekenntnis zur WEU

Dazu kommt, daß die französische Regierung während der ganzen Kontroverse über die NATO seit der Pressekonferenz des Generals de Gaulle im März 1966 ein auffallendes Wohlwollen gegenüber der WEU an den Tag

gelegt hat. Französische Wortführer haben immer wieder betont, daß die in Artikel V des Brüsseler Paktes umrissenen Verpflichtungen — die viel weiter reichen als jene des Artikels V des Nordatlantikpaktes — für Frankreich voll und ganz gültig bleiben. Zwar hat Frankreich konsequent die Auffassung vertreten, daß seine Regierung nicht etwa in der WEU eine Form der Integration zu akzeptieren gedenke, welche sie in der NATO soeben abgelehnt habe; immerhin scheinen wir die Gewißheit zu haben, daß Frankreich im Schoße der WEU zu Gesprächen bereit ist, da es sich um eine rein europäische Organisation handelt, während es in der NATO die führende Rolle beansprucht. Nachteilig ist, daß in der WEU nur sieben der fünfzehn NATO-Länder vertreten sind, und ganz besonders die Tatsache, daß die Amerikaner fehlen. Jene Länder, die der WEU nicht angehören, müssen daher den Partnern Frankreichs in dieser Organisation vertrauen, daß sie ihre Interessen nicht verraten, denn falls auf diesem Forum der Dialog nicht zustandekommt, zweifle ich überhaupt an seinem Zustandekommen.

Es ist wesentlich, daß ein solcher Dialog, wenn auch nicht gerade «sub specie aeternitatis», doch immerhin mit besonderer Berücksichtigung langfristiger Probleme geführt wird. Natürlich gibt es auch Fragen von unmittelbarer Wichtigkeit, die der Klärung bedürfen, so zum Beispiel der französische Rückzug und die britische Androhung eines Rückzugs aus Deutschland. Diese können aber meiner Meinung nach durch Übergangslösungen bewältigt werden. Meine Sorge gilt der Zeit um 1975, wenn Großbritannien seine Verpflichtungen hinsichtlich der Verteidigung außereuropäischer Gebiete erfüllt haben wird und das volle Gewicht seines Einflusses endlich in Europa selbst zur Geltung bringen kann. Wie haben wir uns diese künftige Lage vorzustellen?

Ohne Zweifel wird es dereinst eine rein europäische Organisation geben müssen, welche in irgendeiner Form mit den USA und Kanada — und wenn möglich auch mit Australien und Neuseeland — verbunden ist, denn eine der Konsequenzen der Beendigung unseres Engagements östlich von Suez wird die allmähliche Isolierung dieser beiden Länder sein. Es wäre sicher vollkommen unrealistisch, auf den Vertrag der einstigen Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG) zurückgehen zu wollen, jedenfalls als nächsten Schritt. Dessen Inhalt mag als Fernziel für eine spätere Zukunft ins Auge gefaßt werden, doch der Gedanke der Supranationalität wird vorderhand ohne Zweifel jede französische Regierung brüskieren und jede britische wohl auch. Ohne in jeder Hinsicht übernational zu sein, muß die neue Organisation ziemlich straff integriert sein. Es könnte sich als lohnend erweisen, mit der Durchführung jener Klauseln der Übereinkünfte von 1954 den Anfang zu machen, welche tote Buchstaben geblieben sind wie zum Beispiel mit den Klauseln, die eine obligatorische Inspektion betrafen. (Doch glaube ich, es wäre verfehlt, anzunehmen, dies lasse sich durch eine Erneu-

erung der WEU bewerkstelligen. Es wird zu diesem Zweck eine neue Organisation geschaffen werden müssen.) Diese europäische Verteidigungsorganisation, angeschlossen an eine politische Vereinigung der europäischen Staaten, müßte so etwas wie ein europäischer Brückenkopf diesseits des Atlantischen Ozeans sein, wie es der Vision Präsident Kennedys vom 4. Juli 1962 in Philadelphia entsprach.

Ende der «special Relationship»?

Großbritannien muß mit aller Deutlichkeit kundtun, daß es auf der europäischen Seite der Brücke steht. Es ist in der Vergangenheit genug Unglück dadurch verursacht worden, daß britische Regierungen immer wieder den Versuch unternahmen, gleichzeitig auf beiden Seiten zu sein, indem sie davon ausgingen, unsere geographische Position befinde sich einige Meilen südlich von Island und nicht knappe zwanzig Meilen von der Küste Frankreichs entfernt. So wertvoll die engen Beziehungen zwischen Großbritannien und den USA in der Vergangenheit auch gewesen sein mögen, scheinen mir ihre Tage gezählt, und wir würden gut daran tun, eine neue Seite in unserer Geschichte umzublättern und endlich zuzugeben, daß wir zu Europa gehören. Diese Tatsache wird uns bis 1975 bestimmt noch eingehämmert werden.

In welchem Maße Großbritannien auf die europäische Seite der Brücke gehört, wird offenbar, sobald man sich dem verzwickten Problem der atomaren Kontrolle zuwendet. Die französische Vorstellung eines künftigen europäischen Verteidigungssystems scheint darauf zu beruhen, daß die Länder, welche der EWG angehören, im Schutze der französischen *Force de frappe* nichts zu befürchten haben werden. Es ist verständlich, wenn die Partner Frankreichs die Dinge nicht ganz in diesem Lichte sehen, nicht etwa bloß, weil es ihnen an Vertrauen in die abschreckende Wirkung der *Force de frappe* fehlt, sondern auch, weil sie im ungewissen sind, was für eine Regierung derjenigen des Generals de Gaulle in Frankreich folgen wird und es deshalb vorziehen, sich auf die bewährte Fähigkeit des amerikanischen strategischen Luftkommandos und auf die Polarisraketen zu verlassen. Trotzdem ist nicht daran zu zweifeln, daß die Besorgnis über die Konzentration einer derart großen Macht in der Hand der USA echt und auch verständlich ist. Es wäre aber völlig absurd, wenn die neue europäische Verteidigungsorganisation sich anheischig machen wollte, die amerikanische Anstrengung in bezug auf die nukleare Entwicklung zu kopieren, selbst dann, wenn die europäischen Nationen sich bereit erklären würden, die nötigen finanziellen Opfer zu bringen. Zudem könnte eine derartige Maßnahme im Hinblick auf eine nukleare Proliferation, besonders in Osteuropa, katastrophale Folgen haben.

Die britischen Abschreckungsmittel, zusammen mit den französischen, könnten, auch wenn sie keinen vollwertigen Ersatz für die amerikanischen zu bieten vermöchten, immerhin die Lage derart verändern, daß alle Parteien zufrieden wären. Zu schwach, als daß Osteuropa sich bedroht fühlen müßte, würde ihr gemeinsames nukleares Potential doch für eine wirksame Verteidigung im Falle eines Angriffs genügen und Westeuropa ein gewisses Selbstvertrauen einflößen. Die nukleare Verteidigungsmacht müßte eindeutig westeuropäisch sein, nicht etwa nur französisch oder nur britisch. Während ihr Einsatz im Einvernehmen mit den USA geplant werden müßte, könnte sie in einer plötzlichen Notlage auch ohne vorherige Konsultationen in Aktion treten. Eine Gefahr der Proliferation würde sich praktisch kaum ergeben.

Selbstverständlich würde auch ein solches Verfahren gewisse Probleme aufwerfen. So wäre die Frage des fehlenden nuklearen Gleichgewichts innerhalb der Allianz noch keineswegs gelöst. Diese Frage ließe sich wohl nur durch eine vollständige Abschaffung der Souveränität über die Nuklearwaffen innerhalb der Allianz lösen, wozu der amerikanische Kongreß sich in absehbarer Zeit wohl kaum bereitfinden dürfte. Immerhin wird sich früher oder später jemand dieses dornenvollen Problems der nuklearen Kontrolle annehmen müssen. Die verschiedenen Vorschläge für die Aufstellung multilateraler atlantischer Streitkräfte sind heute völlig verstummt. Eine europäische Nuklearmacht, die sich auf die britischen und französischen Waffen stützen würde, könnte sich als ein Experiment erweisen, das selbst den amerikanischen Kongreß davon zu überzeugen vermöchte, daß eine solche gemeinsame Kontrolle möglich ist. Vielleicht würde es damit sogar gelingen, die Russen von den Vorteilen einer Kontrolle zu überzeugen und damit die Genfer Abrüstungsverhandlungen erleichtern, doch läßt sich das nicht vorausplanen.

Die hauptsächlichste Schwierigkeit liegt ohne Zweifel in der Handhabung der Kontrolle selbst. Beim Aufstellen eines solchen Kontrollplanes würde es zu den ersten Aufgaben gehören, genau zu untersuchen, wie extrem der Nationalismus der Franzosen auf diesem Gebiete ist. Wenn ihnen klargemacht werden könnte, daß es sich um eine autonome europäische Verteidigungsmacht handelt, der weitaus schlagkräftigeren amerikanischen zwar alliiert, doch nicht etwa untergeordnet, dann wären die Franzosen vielleicht auf dem Grundsatz der absoluten Souveränität dazu bereit, der Schaffung einer Kontrollkommission zuzustimmen, in der die Mitglieder ein differenziertes Stimmrecht ausüben würden. Sollte eine solche Übereinkunft grundsätzlich zustandekommen, wäre es die Aufgabe der Kommission, einen Oberkommandierenden für Europa zu ernennen und seine Instruk-

tionen in den wesentlichen Punkten zu umschreiben. Seine Sache wäre es dann, die Verbindung mit dem amerikanischen Kommandierenden, vermutlich also mit dem Oberkommandierenden der atlantischen Streitkräfte, herzustellen, der wie heute vom Nordatlantikrat ernannt würde.

Die Aufstellung der konventionellen Einheiten unter der Führung dieser Kommission wäre wesentlich einfacher. Seines Engagements außerhalb Europas enthoben, hätte Großbritannien beträchtlich weniger Mühe, die Rhein-Armee aufrechtzuerhalten. Doch wäre hier eine weitgehende Flexibilität notwendig. In Deutschland sind bereits Anzeichen dafür vorhanden, daß mit dem Anwachsen der Bundeswehr der Raum für die Truppen recht knapp wird, besonders hinsichtlich der Übungsplätze. Mit den Jahren wird die Lage vermutlich noch prekärer werden, aber die populäre Lösung, die Truppen nach Hause zu entlassen, würde die Sache nur noch verschlimmern. Hinsichtlich der Ausbildungszentren mag die Situation in Deutschland schwierig sein, in Großbritannien hat sie bereits zum Chaos geführt. Exerzieren mit größeren Einheiten als Brigaden ist praktisch nirgends mehr möglich, und falls nicht in Kanada oder Australien neue Übungsplätze gefunden werden, muß die Ausbildung größerer militärischer Einheiten weiterhin in Deutschland erfolgen. Bei der zunehmenden Beanspruchung der deutschen Trainingszentren würde dies bedeuten, daß Manöver, bei denen ganze Divisionen eingesetzt werden könnten, sehr wahrscheinlich nicht öfter als etwa alle fünf Jahre durchgeführt werden könnten.

Dies ist nun ein Argument, das den Franzosen bisher entgangen zu sein scheint, obgleich sie in bezug auf die Streitkräfte der NATO demselben Problem gegenüberstehen. Die für die Ausbildung einer modernen Armee erforderlichen menschenleeren Landstriche werden sich in den dichtbesiedelten Ländern Westeuropas kaum finden lassen.

Wenn dagegen die Rhein-Armee in ihrer gegenwärtigen Stärke von rund 50000 Mann dort stationiert bleibt, wo sie ist, wäre es nur vernünftig, wenn Großbritannien von den andern Mitgliedern der europäischen Verteidigungsorganisation eine ähnliche Verlegung gewisser Truppeneinheiten verlangen würde. Dies könnte erlauben, eine konventionelle Streitmacht von einiger Stärke aufzustellen, die in Europa für die Verteidigung zu Lande verfügbar wäre und vielleicht sogar auch für Operationen außerhalb Europas, sei es unter dem Kommando der Vereinigten Nationen oder der Alliierten. Das Ganze hängt aber von der Schaffung einer geeigneten Organisation in Europa ab und auch davon, das richtige Gleichgewicht zwischen Nationalismus und Supranationalität zu finden.

Hier kann Großbritannien, so glaube ich, eine wichtige Rolle spielen. Gegenwärtig sind alle Bemühungen um eine politische, der Verteidigung dienende Zusammenarbeit in der Gemeinschaft der Sechs durch die grundsätzlich verschiedenen Auffassungen Frankreichs und der übrigen Mit-

glieder blockiert. Wenn der Beitritt Großbritanniens zur EWG bis 1970 erfolgt, so würde es noch weitere fünf Jahre dauern, bis die für die Verteidigung Europas notwendige Organisation aufgebaut ist. Sehr wahrscheinlich wird die Aufnahme Großbritanniens in die EWG das Interesse an politischer und militärischer Zusammenarbeit neu beleben, und ebenso wahrscheinlich wird die britische Einstellung dazu — meiner Meinung nach bedauerlicherweise — der französischen eher entsprechen als derjenigen der andern fünf. Diese Tatsache an sich vermag die Franzosen vielleicht für eine Organisation von der Art zu erwärmen, wie ich sie zu skizzieren versucht habe.

Abschließend möchte ich daher festhalten, daß Großbritannien seine Rolle außerhalb Europas etwa bis zum Jahre 1975 ausgespielt haben wird. Wir werden immerhin zu diesem Zeitpunkt über eine nukleare Abschrekkungsmacht von fünf oder mehr mit Polarisraketen ausgerüsteten Unterseebooten verfügen, während die Flotte französischer Unterseeboote ungefähr dann einsatzbereit sein dürfte. Außerdem werden beide Länder vermutlich ihre eigenen Raketenbasen zu Lande zur Verfügung haben. Wir werden uns in der Zwischenzeit wohl den andern europäischen Ländern anpassen und den obligatorischen Militärdienst einführen müssen. Als Vollmitglieder der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft werden wir auch an der raschen politischen und militärischen Entwicklung dieser Organisation unseren Teil beitragen. Abgesehen von seinem Beitrag an das nukleare Potential Europas besteht die wesentliche Aufgabe Großbritanniens darin, dafür zu sorgen, daß die neue Machtkonstellation nicht zu einer Entfremdung zwischen Europa und den Vereinigten Staaten sowie den andern Partnern der NATO führt, sondern ganz im Gegenteil den einen der beiden starken Pfeiler der atlantischen Allianz bilden wird. Einfach wird diese Aufgabe keineswegs sein, und wir täten gut daran, schon jetzt mit der Planung zu beginnen.

Nach einem Vortrag an der Generalversammlung des Londoner Instituts für strategische Studien im Herbst 1966 in Wien